

# DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Einführung und Übersicht

*Petra Grimm, Oliver Zöllner*

Warum erscheint das Thema *Digitalisierung und Demokratie* so wichtig? Anlass für diesen Band der Medienethik-Schriftenreihe ist die Beobachtung, dass sich mit der Digitalisierung nicht nur die individuelle Lebenswirklichkeit verändert, sondern auch gesellschaftliche Prozesse in Gang gesetzt wurden und werden, die sich auf unser demokratisches Gefüge auswirken. Vorsicht ist jedoch dabei geboten, diese Veränderung als eine rein technologische zu interpretieren. Digitalisierung ist mehr, wie noch auszuführen sein wird, als ein technologischer Prozess. Zudem gilt es auch, nicht voreilig kausale Wirkungsvermutungen auszusprechen, etwa in dem Sinne: die Digitalisierung verursacht dies oder jenes. Die Sache ist komplizierter. Wir schlagen deshalb vor, eine Reise der Reflexion zu starten, mit der eine Annäherung an das Thema möglich ist und die – so die Hoffnung – neue Erkenntnisse mit sich bringt.

Wie immer ist vorab der Versuch einer Begriffsbestimmung hilfreich. Was kann aus politisch-philosophischer Sicht als „Demokratie“ definiert werden? Demokratie kann als Ideal eines Regierungssystems verstanden werden, in dem Entscheidungs- und Handlungsprozesse auszuhandeln sind, und deren Idee auf einem bestimmten Menschenbild und damit einhergehenden Werten fußt. Für eine Demokratie konstitutiv sind „(i) ein stabiles Regierungssystem, das mäßigend auf Konflikte einwirkt, (ii) Freiheit, (iii) Gleichheit und (iv) Autonomie sowie eine über Institutionen vermittelnde Gesetzgebung, die den Bürgen gleiche Einwirkungsmöglichkeiten einräumt“<sup>1</sup>. Ideengeschichtlich geht die Erzählung der Demokratie auf eine lange Tradition zurück, von der Antike über die Zeit der Aufklärung bis in unsere Gegenwart. Demgegenüber ist die Geschichte der Digitalisierung eine vergleichbar kurze. Zunehmend wird offensichtlich, dass beide Erzählungen sich immer mehr zu einer gemeinsamen Meta-Erzählung verschränken. In dieser akkumulieren sich im Wesentlichen drei unterschiedliche Narrative: Digitalisierung gefährde, fördere oder verletze gar die Demokratie.

1 Richardson 2008, S. 206.

## 1 NARRATIVE DER DIGITALISIERUNG – EIN PROLOG

Das Narrativ der *Demokratiegefährdung* besagt, dass eine Schwächung des auf freier Meinungsbildung, Qualitätsjournalismus und Vielfalt basierenden klassischen Mediensystems durch die neuen Gatekeeper der Intermediäre, insbesondere der GAFAM (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) erfolge. Die verstärkte Meinungsmacht der Intermediäre<sup>2</sup> führt, so eine oft geäußerte Befürchtung, zu einer geringeren Meinungspluralität, zumindest bei Menschen, die wenig informiert sind oder zu Radikalisierung neigen.<sup>3</sup> Zwar nutzten bereits in analogen Zeiten Menschen meist nur eine Zeitung mit einer politischen Tendenz, jedoch fungierten diese als Gatekeeper auf der Basis von allgemeingültigen Nachrichtenwerten. Menschen bilden sich heute ihre Meinung zunehmend durch von Algorithmen selektierte Inhalte. Damit setzen sich die Nutzerinnen und Nutzer aber dem Risiko aus, auf pseudo- und parajournalistische Inhalte sowie Desinformation zu stoßen. Und diese sind nicht für jede und jeden als solche erkennbar, oftmals auch, weil sie unter der Tarnkappe der Seriosität Desinformation verbreiten. Hinzu kommt der massive Markt- und Werbeverlust der klassischen Medien gegenüber den Intermediären, der zu einer systeminternen Schwächung journalistischer Qualitätsmedien führt. Wenn das für komplexe liberale Demokratien notwendige öffentliche Mediensystem, das Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse entsprechend den publizistischen Grundsätzen wie Wahrhaftigkeit, Sorgfalt und Vielfalt stützt, instabil wird, wird auch die Demokratie selbst geschwächt.

Aus ethischer Sicht stellt sich hier u. a. die Frage, was wir tun sollen, um diesem Trend der Instabilität entgegenzuwirken. Sollte die Bedeutung der Medien für die Demokratie wieder mehr ins Bewusstsein kommen? Brauchen wir in der Bildung eine gezielte Förderung von Meinungsbildungskompetenz, die uns dazu verhilft, zum einen Desinformationsstrategien zu entkräften und zum anderen Qualitätsjournalismus zu erkennen und wertzuschätzen? Sollte neben diesen individuellethischen Ansätzen auch auf politischer Ebene reflektiert werden, wie die Verantwortung der meinungsbildungsrelevanten Intermediäre stärker regulativ eingefordert werden kann? Und wie kann zukünftig ein öffentlich-rechtliches Mediensystem vor antidemokratischen Angriffen, insbesondere durch Populisten und Rechtsextreme, besser geschützt werden?

Das zweite Narrativ der *Demokratieförderung* erzählt uns eine entgegengesetzte Geschichte. Demnach verspricht die Digitalisierung ein Mehr an Teilhabe (auch sog. marginalisierter und benachteiligter Bevölkerungsgruppen), eine Verbesserung demokratischer Willensbildung durch leichtere Zugänge zur öffentlichen Kommunikation, die Unterstützung demokratischer Bewegungen (wie z. B. bei den Protesten in Hongkong 2019/20 gegen die Einflussnahme der chinesischen Zentralregierung), und nicht zuletzt die – wenn auch schwierige und nur in Ansätzen umsetzbare – Veröffentlichung politischer Missstände in Ländern ohne Pressefreiheit und Demokratie. Dieses Narrativ ist das wohl älteste, denn es begleitete die An-

2 Vgl. Paal 2018.

3 Vgl. Dubois/Blank 2018.

fangsjahre des „Web 2.0“ und bewirkte im Unterschied zu allen Medienrevolutionen zuvor, dass das Internet als eine positive Medienutopie eingeführt wurde, was weder dem Buch, dem Kino oder dem Fernsehen je gelang, deren Geburt vor allem von kulturkritischen Narrativen begleitet wurde. Die mit der Ökonomisierung des Internets einhergehende Desillusionierung hinsichtlich einer freieren, gerechteren, kurz demokratischeren, Medienkommunikation wird durch das opportunistische Verhalten der Tech-Konzerne gegenüber autokratischen Ländern noch verstärkt. Gleichwohl stellt sich aus ethischer Sicht die Frage, ob es nicht eines neuen Narrativs bedarf, das den utopischen Kern der Digitalisierung wieder befeuert und alternative Modelle entwirft. Ein Motiv hierfür könnte ein zivilgesellschaftlicher Entwurf sein, der sich gegen die ökonomische Zweckbindung kommunikativer Infrastrukturen aufstellt. Könnte es ein Angebot wie Google, Facebook, Instagram, TikTok, WhatsApp etc. auch ohne datenökonomische Zwecke geben und wie sähe dieses aus?

Das dritte Narrativ des *Demokratieverlusts* fokussiert die Dysfunktionen der Digitalisierung: Überwachung sowie Verlust der Autonomie und Privatsphäre, die als konstitutive Komponenten der Demokratie gelten. Dieses Narrativ ist das wirkmächtigste im öffentlichen Diskurs, vermutlich, weil es zum einen die Grundpfeiler persönlicher Lebensentwürfe betrifft und zum anderen an die noch immer präsenste politische Geschichte in Deutschland anknüpft. Zudem hat sich das Phänomen der (staatlichen) Überwachung auch in unserem „kulturellen Wissen“<sup>4</sup> durch zahlreiche Filme und literarische Werke tief verankert, dazu gehören z. B. populäre Filme wie „Fahrenheit 451“ (1966), „1984“ (1984), „Der Staatsfeind Nr. 1“ (1998), „The Truman Show“ (1998), „Minority Report“ (2002), „Das Leben der Anderen“ (2006), „Eagle Eye“ (2008), „In Time“ (2011). Wenngleich der Begriff der Überwachung in seiner alltagssprachlichen Verwendung zumeist negativ konnotiert ist und dann als extreme Ausprägung staatlicher Kontrolle einer Bevölkerung verstanden wird, ist er in seiner begrifflichen Bedeutung viel weiter zu fassen<sup>5</sup> und liegt häufig unterhalb unseres Wahrnehmungsraders: Das betrifft nicht nur alltägliche Praktiken der Überwachung (wie z. B. Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, Datenerfassung in den Sozialen Medien, vernetztes Spielzeug), sondern auch freiwillige Selbstüberwachungspraktiken (wie z. B. die Nutzung von Fitness-Apps), die nicht selten dann von den Anbietern zur unbotmäßigen Datengenerierung missbraucht werden.

Mit den digitalen Überwachungstechnologien hat sich nicht nur das Anwendungsfeld erweitert, auch der Intensitätsgrad hat sich erhöht. In einer vernetzten Umwelt kann somit nicht nur jederzeit und an jedem Ort, sondern auch bei nahezu allen Lebenspraktiken Überwachung potenziell möglich sein. Um zu entscheiden, wo Abwehr und Schutz vor Überwachung unabdingbar ist, bedarf es demokratisch funktionierender Systeme, insbesondere eines von der Politik unabhängigen Rechtssystems, um staatliche und wirtschaftliche Interessen in ihre Schranken zu weisen. Abwehrstrategien rechtlicher (wie z. B. der Datenschutz) und technischer Natur (z. B. Privacy Engineering und Privacy Enhancing Technologies) sind nicht

4 Titzmann 2006.

5 Vgl. Kammerer 2016, S. 188–189.

selbstbegründbar, sondern basieren auf einem ethischen Werteverständnis. Es braucht auch die normative Kraft ethischer Argumente und Begründungen, um sichtbar zu machen, in welchen Fällen Überwachung eine Verletzung der Autonomie und Privatheit bedeutet und sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Auswirkungen haben kann, die die Kernwerte einer liberalen Demokratie betreffen. Für die Vermittlung dieser ethischen Perspektive und auch zur Sensibilisierung bietet sich die narrative Ethik an.<sup>6</sup> So können Geschichten von Überwachung wie auch zu den Werten der Autonomie und Privatheit, die an die lebensweltlichen Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger anschließen, Zugänge zu ethischen Konflikten ermöglichen, die durch wissenschaftliche Diskurse nicht erzielbar sind. Insbesondere durch ihre Befähigung, komplexe Sachverhalte (wie z. B. Überwachung) zu konkretisieren, sind sie geeignet, ethische Werte- und Normenfragen der Digitalisierung zu thematisieren und Reflexionsprozesse in Gang zu setzen, die in eine emotional verankerte ethische Haltung münden können. Wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann, zeigt z. B. das medienethische Projekt der „10 Gebote der Digitalen Ethik“<sup>7</sup>, die auch zum Thema der Privatheit und Überwachung Geschichten enthalten. Gleichzeitig lassen sich aber auch mittels der narratologischen Methoden Interessen, Perspektiven und Konflikte der jeweiligen Akteure verdeutlichen. Im Zuge der sich weiter entwickelnden Überwachungstechnologien liefert die Narratologie ein probates Instrumentarium, um sich den ethischen Fragen zu stellen.

## 2 DIGITALISIERUNG – MEHR ALS EINE TECHNOLOGIE

Die Narrative der „Digitalisierung“ und „Demokratie“ zusammenzudenken, stellt unzweifelhaft eine große Herausforderung dar. Kompliziert gestaltet sich allein schon der Versuch, den wechselseitigen Zusammenhang dieser beiden Begriffe zu erfassen. Denn die Digitalisierung ist, folgt man dem Makrosoziologen Armin Nassehi, „die dritte, vielleicht sogar endgültige Entdeckung der Gesellschaft“<sup>8</sup>: nach der „Erfindung des Institutionenarrangements moderner Gesellschaften nach der Französischen Revolution“ (als erste Entdeckung) und „nach der Politisierung von Gesellschaftsgestaltung während der Liberalisierungsschübe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (als zweite Entdeckung).<sup>9</sup>

Auf eine knappe, reduktionistische Formel gebracht: Die Einführung der Gewaltenteilung nach 1789 und das Aufkommen neuer, weniger autoritaristischer Vorstellungen von der Ausgestaltung der Lebensentwürfe ab ca. 1968<sup>10</sup> sorgten für die Grundlagen der liberalen, auf das Glück des Individuums abzielende demokra-

6 Vgl. Grimm 2019.

7 Die „10 Gebote der Digitalen Ethik“ sind im Institut für Digitale Ethik in einem Masterprojekt mit Studierenden und juuuport.de entstanden und mittlerweile in mehrere Sprachen übersetzt worden. 2020 erschien eine Sammlung neuer Alltagsgeschichten. Online verfügbar unter: [www.hdm-stuttgart.de/digitale-ethik/digitalkompetenz/10\\_gebote](http://www.hdm-stuttgart.de/digitale-ethik/digitalkompetenz/10_gebote).

8 Nassehi 2019, S. 45.

9 Ebd., S. 326.

10 Vgl. hierzu Kraushaar 1998; Kurlansky 2004; Siegfried 2018.

tische Gesellschaft westlicher Prägung. Diese beiden „Entdeckungen von Gesellschaft“ waren, folgt man Nassehi, zugleich der Startschuss für die „Digitalisierung“ im Ursinne: für die In-Form-Bringung der Gesellschaft durch Abzählbarkeit, also durch die Ausbildung (und Notwendigkeit) administrativ orientierter empirisch-statistischer Sozialforschung (Volkszählungen und Erhebungen aller Art), frühen Formen des „Dataismus“ und der Musterbildung also.<sup>11</sup>

Statistische Werte wurden zu Steuerungsgrundlagen des modernen Staatswesens; die zahlreichen Statistikämter, ohne die behördliche Planung nicht mehr denkbar war und ist, und die zunehmend in Permanenz stattfindenden Meinungsumfragen und Evaluationen, ohne die der Politikbetrieb und andere Funktionssysteme der Gesellschaft heute längst kaum noch vorstellbar ist, zeugen davon.<sup>12</sup> Sie informieren die Gesellschaft über sich selbst, sie sind Beobachtungsinstanzen für die Gesellschaft. Sie ermöglichen Transparenz und indirekt auch Teilhabe, also eine Grundvoraussetzung für Demokratie oder Volksherrschaft, ließe sich tentativ ergänzen. Sie stehen aber genauso für Möglichkeiten der Überwachung von Menschen: klassisch durch den Staat, in späteren, unmittelbar „digitalen“ Kontexten aber nicht zuletzt auch durch Tech-Konzerne und ihre Plattformen und Algorithmen.<sup>13</sup>

Das Chiffrenjahr „1968“ war in diesem Kontext ein besonderer Verstärker der Digitalisierung, die sich seit den 1940er-Jahren im Zuge der Computerisierung und des Einzugs der Datenverarbeitung abgezeichnet hatte. Viele universitäre Proseminare hatten seinerzeit bereits die Verwandlung der Medientechnik von „einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat“ diskutiert, wie sie Bertolt Brecht Anfang der 1930er-Jahre mit Blick auf den Rundfunk vorschwebte.<sup>14</sup>

Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen.<sup>15</sup>

Da war sie bereits, die hier vorgedachte und geradezu basisdemokratische Utopie herrschaftsfreier oder jedenfalls horizontaler Kommunikation, formuliert lange vor dem Einzug der Computertechnik in die Haushalte und ins Alltagsleben. In ihr steckt ein eudämonistisches Glücksversprechen vom glücklichen individuellen Leben und von der erblühenden Gesellschaft. „Zum ersten Mal in der Geschichte machen die Medien die massenhafte Teilnahme an einem gesellschaftlichen und vergesellschafteten produktiven Prozeß möglich, dessen praktische Mittel sich in der Hand der Massen selbst befinden“, formulierte es in diesem Duktus Hans Magnus Enzensberger 1970 in einem Essay.<sup>16</sup> Solche Gedanken wurden auch rund 25 Jahre später wieder aufgegriffen, als „das Internet“ als sichtbarstes Zeichen der fortschreitenden Digitalisierung ab Mitte der 1990er-Jahre allmählich eine breitere Marktdurchdringung erfuhr.

11 Vgl. Michel 1981; Nassehi 2019.

12 Vgl. Rödder 2010.

13 Vgl. hierzu ausführlich Zuboff 2019.

14 Brecht 1967, S. 129.

15 Ebd.

16 Enzensberger 1970, S. 160.

### 3 GLÜCKSVERSPRECHEN AUS DEM SILICON VALLEY

Historisch gesehen waren zu diesem Zeitpunkt allerdings viele Hippie-Utopien – Träume von der Ausbildung neuer Gemeinschaftlichkeit und von der Überwindung der Grenzen des überkommenen Denkens – längst gescheitert. Parallel zur persönlichen Neuorientierung vieler Althippies in Kalifornien, dieser Urzelle vielfältiger Alternativbewegungen, gingen die utopistischen Visionen ab den frühen 1970er-Jahren recht nahtlos in die sich ausbildende „kalifornische Ideologie“ der permanenten Optimierung ein.<sup>17</sup> Arbeite an deiner Persönlichkeit! Sei sportlicher, gesünder, schlanker, offener, großzügiger! Schaffe eine bessere Version deines Selbst – so tönt bis heute das Credo der Selbstverbesserer. Ein Glaubenssystem, das tief im Erweckungsmythos der puritanischen Gründungsväter der Vereinigten Staaten wurzelt. Wer ein vorbildliches, „sauberes“ Leben führt, lebt gottgefällig und wird dafür entsprechend belohnt – so in etwa lautet die Gleichung. Viele Pioniere des Silicon Valley waren ganz folgerichtig ehemalige Hippies, die ihre alten Ideale vom besseren Leben mehr oder weniger „neoliberal“ (oder vielleicht schlicht „uramerikanisch“) in Geschäftsmodelle ummünzten. Die sich speziell im Hotspot Kalifornien rasant entwickelnde Computertechnologie ließ sehr weitreichende Ansätze für die Quantifizierung aller denkbaren Lebensbereiche zu. Die „Quantified Self“-Bewegung einer intensiven digitalen Selbstvermessung ist hierfür ein beredtes Zeugnis. Rankings, Scorings und Vergleiche sind im Privaten, im Geschäftlichen und nicht zuletzt im Politischen die neuen wesentlichen Maße.<sup>18</sup> Das neue Zeitalter (*New Age*) der einstigen Hippies wurde zum „crossover between countercultural spirituality and tech culture“<sup>19</sup>. Durchaus erfolgreich, wie wir heute wissen. Der geradezu legendäre Apple-Gründer und Ex-Hippie Steve Jobs hatte stets ein großes Talent, wie ein „Guru“ aufzutreten. Seine öffentlichen PR-Auftritte wurden in der Tech-Community wie Gottesdienste gefeiert. Jobs wurde zum Vorbild vieler Epigonen.

Der alte Geist einer progressiven Utopie schwang stets mit, wenn die Produktversprechen der Branche als Verheißungen eines besseren Lebens formuliert wurden. Das Internet sollte sie endlich ermöglichen: die Willensbildung unter Inklusion aller Bürgerinnen und Bürger, die für alle transparente Gestaltung politisch-administrativer Prozesse, die *liquid democracy* – jederzeit einsehbar und nachvollziehbar. Demokratie 2.0. Dank Internet. Endlich. Plötzlich konnte in der Tat jede und jeder zum Sender werden: nach Lust und Laune E-Mails verschicken und empfangen, Inhalte auf einer Website präsentieren, Kanäle mit eigenen Text-, Bild-, Audio- und Videoinhalten bespielen, Blogs und Profile in sozialen Online-Netzwerken pflegen usw. Im Vokabular der alten analogen Medienwelt ausgedrückt: Jeder konnte nun seine eigene Zeitung kreieren, zum eigenen Hörfunk- und Fernsehdirektor werden oder schlicht eine Dauerwerbesendung für die eigene Person oder für Partikularinteressen veranstalten. Brechts alter Traum wurde wahr – so schien es jedenfalls. Wenn da nicht die Sache mit den Besitzverhältnissen gewesen wäre. Aus Garagen-Startups wurden oftmals schnell wachsende globale Großkon-

17 Vgl. Lazzarato 2013; Zöllner 2015, S. 11.

18 Vgl. Mau 2017; Selke 2014.

19 Lanier 2013, S. 213.

zerne, die die Produktionsmittel – die Server, Programme und Auswertungsalgorithmen ihrer Plattformen – unter ihrer Kontrolle behalten. Und die Nutzerinnen und Nutzer gleich mit dazu. Die Öffentlichkeiten, die dank Digitalisierung neu entstanden und entstehen, sind andere, als sie Brecht, Enzensberger et al. vorschwebten. Oft sind sie nur Pseudo-Öffentlichkeiten: eine entprivatisierte „Vertrautheitszone“, die zu „einer Art Überfamilie zusammengezogen“ wird<sup>20</sup>, in der aber kritisch-rationale Diskurse kaum stattfinden (können), wenn Habermas' Analysen aus dem Jahr 1965 auf die Social Media der Gegenwart angewendet werden dürfen. Man darf zumindest skeptisch bleiben.

#### 4 DIE „SMART CITY“ ALS MODELL NEUER STAATLICHKEIT?

Ein euphorisch-predigerartiger Tonfall ist dennoch bis heute im Silicon Valley zu vernehmen, wenn es um die Produkte und Dienstleistungen geht, die die Digitalisierung vorantreiben. Tesla-Gründer Elon Musk ist für seine teils fantastischen technoiden Prophezeihungen bekannt. Pressemitteilungen und Produktbeschreibungen aus dem Silicon Valley lesen sich nicht selten wie die Verkündigung eines neuen Evangeliums. Oft wird eine globale „Community“ der Nutzerinnen und Nutzer beschworen, die iPhones und Tablets zu einem höheren Zweck verwenden und sich via Facebook oder WhatsApp zum Wohle der Menschheit vernetzen sollen. Facebook-Chef Mark Zuckerberg etwa „wirkt wie ein Oberhirte, wenn er die Vision, die Welt zu vernetzen, mit heilsgeschichtlicher Bedeutung auflädt“<sup>21</sup>. Stets wird dabei die Demokratie beschworen, die in sozialen Online-Netzwerken vorgeblich besser gedeihe als außerhalb (also in eher langwierigen Prozessen der Mehrheitsfindung in parlamentarischen Ausschüssen, von Mitgliedschaften in Parteien oder Bürgerinitiativen ganz zu schweigen). Längst werden auch Vorschläge diskutiert, Städte nach dem Modell Amazon zu regieren, also nach denjenigen Leitprinzipien, mit denen der Tech-Konzern seine Geschäfte führt: umfassend datenbasiert, hoch effizient und stets kundenorientiert.<sup>22</sup> Auch das Foto- und Videonetzwerk Instagram und der Messengerdienst WhatsApp, beide aus dem Hause Facebook, Inc., dienen manchen Visionären als Modell für eine demokratischere Stadt, die ihre Bürgerinnen und Bürger besser, tiefer und „smart“ einbindet<sup>23</sup> – bloß letztlich eben als Kundinnen und Nutzer, wie hinzuzufügen ist. Das ökonomistische Kalkül ist bei diesen Konzepten schon tief ins Denken integriert. Die demokratisch legitimierte Staatlichkeit ist in einem solchen gedanklichen Kontext bedeutungslos und machtlos geworden. Mit Menschen, für die „Wahl“ vor allem „Auswahl“ aus einer Angebotspalette bedeutet, aber nur noch nachrangig etwa einen politischen Urnengang oder ein bürgerschaftliches Engagement, ist im weitesten Sinne des Wortes kein Staat mehr zu machen.

20 Habermas 1965, S. 178.

21 Lobe 2019, S. 10.

22 Vgl. Graham et al. 2019.

23 Vgl. Burns 2019; Datta 2019.



Während „smart cities“ derzeit noch weitgehend Fantasiegebilde sind (jedenfalls in der westlichen Welt), ist der zunehmend bedeutungslose bzw. entmachtete Staat mehr und mehr Realität. Die großen Tech-Konzerne (Alphabet, Amazon, Apple, Facebook, IBM, Microsoft in den USA, Alibaba, Baidu, Tencent in China) sind längst globale Technologie-Imperien oder stehen kurz vor ihrem weltweiten Markteintritt. Die Gemeinschaften, die die Tech-Konzerne ihren Kunden anbieten, haben einen gewissen Allmachtsgestus. Die Verwendung und Ausbeutung von Nutzerdaten wird dort sehr weit gefasst; die zum Einsatz kommenden Algorithmen sind intransparent.<sup>24</sup> Dies widerspricht demokratischen Prinzipien von Partizipation und Kontrolle. Ein Verlassen etwa von sozialen Netzwerken ist kaum möglich, will man nicht vieler seiner (Online-)Kontakte verlieren – der Lock-in-Effekt ist sehr stark und hebt die menschliche Autonomie aus. Adrian Lobe stellt in diesem Kontext mit exemplarischem Blick auf Zuckerbergs Unternehmen eine ganz richtige Frage: „Ist die Demokratie auch eine ‚Community‘ und ist sie mit Facebook kompatibel?“<sup>25</sup> Oder andersherum formuliert: Wie ließen sich denn die Social Media in wahrhaft soziale, also der Gesellschaft verpflichtete Medien bzw. Diskursräume verwandeln, mithin auch demokratische Partizipation neu denken?<sup>26</sup>

Längst gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Algorithmen der sozialen Online-Netzwerke leicht zu manipulieren sind und auch anti-demokratische Botschaften millionenfach automatisiert verbreiten können; hinzu kommen die dort längst alltäglich gewordenen Hassbotschaften, „Fake News“ und Verschwörungserzählungen von Seiten vielfältiger Propagandisten, für die Social Media höchst willkommene Distributionsplattformen sind. Yvonne Hofstetter stellt die utopistische Weltsicht des Silicon Valley und seiner Tech-Evangelisten – das unhinterfragte „Immer mehr, immer weiter“ – mit ihrer Analyse einer zunehmend von Programmcodes der Künstlichen Intelligenz (KI) gesteuerten Meinungsbildung in Abrede und fördert deren innewohnende Dystopie zutage. Zunehmend greife „der Informationskapitalismus den Raum der Freiheit an, der auf der Idee des selbstbestimmten Menschen aufbaut“<sup>27</sup>. Unter der Übermacht der KI und ihrer Codes, so Hofstetters These, „leidet die Rechtsstaatlichkeit, die nicht nur die Grundrechte und die politischen Partizipationsrechte, sondern auch die Gewaltenteilung garantieren sollte.“<sup>28</sup> Werde dem Individuum allerdings seine persönliche Selbstbestimmung abgesprochen, so die Autorin, „besteht kein Grund mehr, die Demokratie und die Wahl zwischen alternativen Parteien weiter aufrechtzuerhalten, es sei denn, als wirkungslose Fiktion“<sup>29</sup>. Wer braucht überhaupt noch Politikerinnen und Politiker, wenn KI-Programme scheinbar überlegene, „intelligenter“ Lösungen für Probleme vorschla-

24 Vgl. Webb 2019. Die diktatorische Volksrepublik China nimmt in diesem Kontext allerdings eine besondere Stellung ein, da sie als ein Beispiel für einen zunehmend machtvoller auftretenden Staat zu sehen ist. Die Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten der Überwachung und Diskurslenkung kommt diesem Regime enorm zupass. Vgl. näher hierzu auch Strittmatter 2018.

25 Lobe 2019, S. 10.

26 Vgl. Zöllner 2018.

27 Hofstetter 2016, S. 376.

28 Ebd.

29 Ebd., S. 376f.



gen können als Menschen, wie Prediger der unbedingten technischen Innovation ja häufig suggerieren? Nicht nur die menschliche Autonomie mit ihren Entscheidungs- und Handlungsprozessen wäre somit ausgehebelt. Die Idee der repräsentativen Demokratie mit ihren gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern stellte das ganz grundsätzlich in Abrede, denn sie erübrigte sich dann. Dies ist fürwahr eine dystopische Sicht auf die Zukunft der demokratischen Herrschaftsform im digitalen Zeitalter, in dem die Angriffe auf die liberale westliche Demokratie keineswegs nur aus der digitalen Sphäre kommen, sondern auch ganz handfest von machtvollen Diktaturen, von Populisten und Autokraten. Aber manchmal bedarf es wohl der Dystopie, um den Blick auf das Bewahrenswerte der Gegenwart zu schärfen und die in der Vergangenheit formulierten Utopien einer besseren Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren.

## 5 ÜBERSICHT ÜBER DIE BEITRÄGE

Das vorliegende Buch hat sich zur Aufgabe gestellt, die Perspektiven der Ethik, Philosophie, der Medien- und Kommunikationswissenschaft sowie des Rechts zum Thema der Digitalisierung und Demokratie zusammenzuführen. Die Beiträge des vorliegenden Bandes befassen sich mit den wesentlichen Konfliktthemen der drei vorgestellten Narrative zur Digitalisierung: Medien und Demokratie sowie Privatheit und Überwachung.

Der erste Beitrag „Unwissenheit frisst Journalismus – Journalismus frisst Unwissenheit. Zur Einschätzung der aktuellen Entwicklung von Medien und ihrer Bedeutung für die Demokratie aus Sicht der journalistischen Ethik“ von *Marlis Prinzing* nimmt eine medienethische Einordnung der zentralen Perspektiven zum Verhältnis von Demokratie und Journalismus vor. Auf der Grundlage normativer und philosophischer Ansätze befasst sie sich mit der Frage der Verantwortung sowie der Norm der Medienfreiheit und zeigt auf, welche die Demokratie erodierenden Kräfte derzeit wirken und wie diesen entgegengewirkt werden kann. So unterbreitet sie auch einen Handlungsvorschlag, der zum einen für eine breite Anwaltschaft für Journalismus wirbt als auch die Relevanz von Nachrichtenkompetenz im Bildungssektor verdeutlicht.

*Volker Lilienthal* vertieft mit seinem Beitrag „Rechtspopulismus als Herausforderung für die Medien. Die Medienkritik der AfD und der journalistische Umgang mit der Partei“ die vielschichtige Frage nach der Schutzfunktion des Journalismus für die Demokratie. In einem theoretisch fundierten Parcours macht er deutlich, dass Journalismus für eine freie Gesellschaft wie „ein Lebensmittel“ ist, auf das sie nicht verzichten kann. Dezidiert zeigt er die Strategien des Rechtspopulismus und der AfD auf, wie sie mit ihrer Medienkritik und dem Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Qualitätsjournalismus schwächen und desavouieren möchte und in den Sozialen Medien Journalisten einzuschüchtern versucht. Wie Journalismus diesen Strategien am besten begegnen kann und hier auch gefordert ist, eine ethische Praxis der „roten Linien“ anzuwenden, wird ebenso klar dargestellt, wie auch die Fehlleistungen journalistischer Praxis im Umgang mit der AfD.

Die Antwort auf die Frage, ob Journalismus die Demokratie schützen kann, wird letztendlich mit sowohl ja als auch nein beantwortet und begründet.

Meinungsbildung findet heute nicht mehr nur durch journalistische Medien statt. *Tobias List* lenkt in seinem Beitrag „Meinungspluralismus in sozialen Medien. Zur Beteiligung von Influencern am politischen Diskurs“ unseren Blick auf die Tatsache, dass nicht-publizistische Angebote entgegen klassisch-journalistischer Angebote eine zunehmende Meinungsbildungsrelevanz übernehmen. Er befasst sich mit der Frage, inwieweit sich am politischen Diskurs beteiligende Influencer zur Meinungsvielfalt beitragen und inwieweit die Sorgfalts- und Neutralitätsverpflichtung von Medienakteuren rechtlich auch für Influencer gilt. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Analyse ist die Regulierung von Medienintermediären, die direkte Auswirkungen auf die Medieninhalte der Influencer haben. Für die Beantwortung der Frage, ob Influencer neuen Regulierungen unterliegen sollten, arbeitet er wesentliche Forschungsfragen heraus.

Den Schwerpunkt „Medien und Demokratie“ schließt *Oliver Zöllner* mit seinem Beitrag „Klebrige Falschheit – Desinformation als nihilistischer Kitsch der Digitalität“ ab. Er legt den Schwerpunkt auf „die ins Wanken geratenen Wahrheitskonzepte und die normativen Konsequenzen“ und ordnet diese aus kommunikationssoziologischer und philosophischer Perspektive ein. Seine zentrale These lautet, „dass Desinformation, Lüge und ‚Fake News‘ Ausdruck einer nihilistischen Haltung in der Gesellschaft sind“. Er seziiert in sieben Analyseschritten die unterschiedlichen Facetten einer Krise der Wahrheit, wobei er u. a. auf Verschwörungsnarrative, einschlägige rechtspopulistische Medienangebote, die sog. Postmoderne und Konstrukte des Nicht-Wahren eingeht. Ebenso führt er aus, warum aus seiner Sicht Erschütterungen der Erkenntnisvoraussetzungen und ein Nihilismus des „Kitschs“ beobachtbar sind. Schlussendlich bietet er auch Lösungsansätze, wie mit Desinformation und Wahrheitskrisen umzugehen wäre. Ein Baustein hierfür wäre „die Weitererzählung und Fortentwicklung eines an Freiheit orientierten Ethik- und Bildungsansatzes“.

In das zweite Themenfeld „Privatheit und Demokratie“ führt *Julia Maria Mönig* mit ihrem Beitrag „Privatheit als Luxusgut in der Demokratie?“ ein. Aus philosophischer Perspektive und zugleich sehr praxisnah begründet sie, weshalb Privatheit in der Demokratie als schützenswertes Gut zu betrachten ist – und zwar nicht nur auf individueller, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene. Wenngleich bislang im Privatheitsdiskurs noch wenig beachtet, zeigt sie auf, dass Privatheit zunehmend ein Luxusgut für Privilegierte wird, die ausreichend Zugang zu Bildung, Geld und Eigentum haben. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Praxis der Apps von Krankenversicherungen – nur wer es sich leisten kann, kann einen Tarif ohne Datenaufzeichnung nutzen, die anderen müssen sich „tracken“ lassen. An diesen Überlegungen zur Privilegiertheit knüpft sie die Frage der Gerechtigkeit an. Denn wenn Privatheit als schützenswertes Gut der Demokratie gilt, kann es sich nicht gleichzeitig als Luxus erweisen. Im zweiten Teil ihrer Betrachtungen legt sie dar, warum Privatheit Demokratie und Demokratie Privatheit braucht.

Ein in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtetes Feld ist das der IT-Forensik. Mit der fortwährenden Entwicklung der Computer- und Mobiltechnologien sowie

der exorbitanten Datengenerierung in einer vernetzten Umwelt und im Smartphone gewinnt die IT-Forensik in der Strafverfolgung und in der Nutzung von Beweisen bei Gerichtsverfahren immer mehr an Bedeutung. *Susanne Kuhnert* und *Victor Limberger* verfolgen in ihrem Beitrag „Datenschutz und der Wert der Privatheit – IT-Forensik aus datenschutzrechtlicher und ethischer Perspektive“ einen interdisziplinären Ansatz. Aus rechtlicher Sicht werden die Relevanz der IT-Forensik für die Strafanordnung und die rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert sowie ein daraus abzuleitender Gestaltungsbedarf skizziert. Aus Sicht der Digitalen Ethik wird – nach einer Erläuterung von deren Grundlagen und Anwendung auf eine werteorientierte Technikgestaltung – der Frage nachgegangen, welche Leistung die Ethik für den Datenschutz erbringen sollte und wie über die Grenzen des Datenschutzes hinaus der Schutz der Privatheit gesichert werden kann. Für die Praxis einer ethisch ausgerichteten IT-Forensik besonders hilfreich werden Leitlinien zum Datenschutz in der mobilen Forensik vorgestellt, die im BMBF-Projekt *SmartIdentifikation* entwickelt wurden. Der Beitrag verdeutlicht, inwieweit es Schnittstellen zwischen Ethik und Recht, aber auch Abweichungen gibt, so z. B. beim Transparenzgebot.

Von der Privatheitsforschung zur Überwachungsforschung ist es nur ein kleiner Schritt. *Martin Hennig* analysiert in seinem Beitrag mit dem auf den ersten Blick antipodischen Titel „Demokratisierte Überwachung? Transformationen gesellschaftlicher Modelle im Überwachungsfilm der digitalen Gesellschaft“, inwieweit Filme gesellschaftliche Überwachungsmodelle aufgreifen und sich neue Überwachungsnarrative herausgebildet haben. Sein narratologischer Ansatz erlaubt es, die jeweiligen Motive, Strukturen und Inszenierungsstrategien zu analysieren und darauf aufbauend deren Überwachungsmodelle mit denen einer Disziplin-, Kontroll- und Transparenzgesellschaft abzugleichen. Ausgehend von dem Klassiker des Überwachungsfilms „1984“ (1984) bis über neuere Filme, Serienfolgen und Werbespots geht er der Frage nach, ob ein Strukturwandel im Überwachungsdiskurs erkennbar ist und welche Lösungsmodelle offeriert werden.

Ein mit dem Digitalisierungsdiskurs eng verknüpfter und politisch aufgeladener Begriff ist der der „Transparenz“. *Lea Watzinger* konzentriert sich in ihrem Beitrag „Metapher ‚Transparenz‘“ auf diesen Begriff und geht der Frage nach, in welchem Verhältnis dieser zur digitalen Öffentlichkeit steht. Hierfür sucht sie zuerst nach Gründen, warum Transparenz zur Norm arriviert ist und rekonstruiert im weiteren Verlauf dessen ideengeschichtliche Entstehung und Entwicklung. Hierbei bezieht sie sich auf Kants Prinzip der Publizität als öffentliche Vernunft sowie das historische Konzept einer öffentlichen Sphäre. Ihre Kritik an der in der digitalen Gesellschaft zur Norm erhobenen Transparenz mündet darin, dass sie aus demokratiethoretischer Perspektive für ein Gebot der Publizität argumentiert.

## BIBLIOGRAFIE

- Brecht, Bertolt (1967): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. In: Ders.: Gesammelte Werke in 20 Bänden, Bd. 18. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 127–134 [zuerst 1932].
- Burns, Ryan (2019): A city of digital engagement: Instagram. In: Graham, Mark/Kitchin, Rob/Mattern, Shannon/Shaw, Joe (Hrsg.): How to run a city like Amazon, and other fables. Ohne Ort: Meatspace Press, Randnr. 622–650.
- Datta, Ayona (2019): A city of the people, for the people, by the people: WhatsApp. In: Graham, Mark/Kitchin, Rob/Mattern, Shannon/Shaw, Joe (Hrsg.): How to run a city like Amazon, and other fables. Ohne Ort: Meatspace Press, Randnr. 1295–1336.
- Dubois, Elizabeth/Blank, Grant (2018): The echo chamber is overstated: the moderating effect of political interest and diverse media. In: *Information, Communication & Society*, 21:5, S. 729–745. Online: DOI: 10.1080/1369118X.2018.1428656 (letzter Zugriff: 30.03.2020).
- Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: *Kursbuch 20*. Frankfurt am Main: Rotbuch Verlag, S. 159–186.
- Graham, Mark/Kitchin, Rob/Mattern, Shannon/Shaw, Joe (2019): How to run a city like Amazon. In: Dies. (Hrsg.): How to run a city like Amazon, and other fables. Ohne Ort: Meatspace Press, Randnr. 1–12.
- Grimm, Petra (2019): Haltung in einer digitalisierten Kindheit. Die Perspektive der narrativen Ethik. In: Stapf, Ingrid/Prinzing, Marlis/Köberer, Nina (Hrsg.): *Aufwachsen mit Medien. Zur Ethik mediatisierter Kindheit und Jugend*. Baden-Baden: Nomos, S. 85–99.
- Habermas, Jürgen (1965): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (= *Politica*, Bd. 4). 2. Aufl. Neuwied/Berlin: Luchterhand.
- Hofstetter, Yvonne (2016): Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt. München: C. Bertelsmann.
- Kammerer, Dietmar (2016): Überwachung. In: Heesen, Jessica (Hrsg.): *Handbuch der Medien- und Informationsethik*. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, S. 188–194.
- Kraushaar, Wolfgang (1998): 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München, Zürich: Piper.
- Kurlansky, Mark (2004): 1968: The year that rocked the world. New York: Ballantine Books.
- Lanier, Jaron (2013): Who owns the future? New York et al.: Simon & Schuster.
- Lazzarato, Maurizio (2013): Über die kalifornische Utopie/Ideologie. In: Diederichsen, Diederich/Franke, Anselm (Hrsg.): *The Whole Earth. Kalifornien und das Verschwinden des Außen* [Ausstellungskatalog]. Berlin: Sternberg, S. 166–168.
- Lobe, Adrian (2019): Sekte oder Weltverschwörung? Nach der Fusion der Messenger von Instagram, Facebook und Whatsapp nutzen 2,7 Milliarden Menschen dasselbe Chat-Programm. Der Austritt aus dieser Gemeinschaft ist kaum noch möglich. In: *Süddeutsche Zeitung*, 75. Jhg., Nr. 47 (25.2.), S. 10.
- Mau, Steffen (2017): Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen. Berlin: Suhrkamp.
- Michel, Karl Markus (1981): Über den Dataismus. In: *Kursbuch 66*. Berlin: Kursbuch/Rotbuch Verlag, S. 63–81.
- Nassehi, Armin (2019): *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*. 2. Aufl. München: Beck.
- Paal, Boris P. (2018): Rechtsgutachten Intermediäre: Regulierung und Vielfaltssicherung. Im Auftrag der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), März 2018. Online: [https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien\\_Forschung/Paal\\_Intermediaere\\_Regulierung-und-Vielfaltssicherung\\_Gutachten-2018.pdf](https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/Paal_Intermediaere_Regulierung-und-Vielfaltssicherung_Gutachten-2018.pdf) (letzter Zugriff: 23.03.2020).
- Richardson, Henry S. (2008): Demokratie. In: Gosepath, Stefan/Hinsch, Wilfried/Rössler, Beate (Hrsg.): *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie*. Bd. 1. Berlin: Walter de Gruyter, S. 206–211.
- Rödger, Andreas (2010): Zahl und Sinn. Statistiken, Rankings, Evaluationen: Zahlen dominieren das gesellschaftlich-politische Denken. Über der einseitigen Quantifizierung geht jedoch der

- Sinn für den Sinn verloren, denn Zahlen sind kein Ersatz für Urteilskraft, Erfahrung und praktische Vernunft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 62. Jhg., Nr. 152 (5.7.), S. 7.
- Selke, Stefan (2014): *Lifelogging. Wie die digitale Selbstvermessung unsere Gesellschaft verändert*. Berlin: Econ.
- Siegfried, Detlef (2018): *1968. Protest, Revolte, Gegenkultur*. Ditzingen: Reclam.
- Strittmatter, Kai (2018): *Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den digitalen Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert*. München: Piper.
- Titzmann, Michael (2006): *Propositionale Analyse – kulturelles Wissen – Interpretation*. In: Krah, Hans/Titzmann, Michael (Hrsg.): *Medien und Kommunikation. Eine interdisziplinäre Einführung*. Passau: Stutz, S. 67–92.
- Webb, Amy (2019): *The Big Nine: How the tech titans and their thinking machines could warp humanity*. New York: Public Affairs.
- Zöllner, Oliver (2015): *Was ist eine Ökonomisierung der Wertesysteme? Gibt es einen Geist der Effizienz im mediatisierten Alltag? Einleitende Bemerkungen zum Thema des Buches*. In: Grimm, Petra/Zöllner, Oliver (Hrsg.): *Ökonomisierung der Wertesysteme. Der Geist der Effizienz im mediatisierten Alltag (= Medienethik, Bd. 14)*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 7–18.
- Zöllner, Oliver (2018): *Social Media zu sozialen Medien machen. Ein anderes Internet, dessen Angebote und Anwendungen nicht den Fokus auf die kommerzielle Ausbeutung von Daten legen, ist möglich. Ein Plädoyer für eine Ethik der Digitalisierung*. In: Böll.Thema, Heft 1, S. 25–26.
- Zuboff, Shoshana (2019): *The age of surveillance capitalism: The fight for the future at the new frontier of power*. London: Profile Books.